



Galileo

STREITBARE WISSENSCHAFT

ZEITUNG DER HOCHSCHULGRUPPEN DER MLPD

AUSGABE OKTOBER 2007

HOCHSCHULUMBAU: GEWINN- BRINGENDE UNTERNEHMEN MIT STUDENTEN ALS KUNDEN?



Demonstration anlässlich des G 8-Gipfels in Kassel im Juni 2007

Gegen den hartnäckigen Widerstand von Studierenden und breite Ablehnung innerhalb der Bevölkerung wurden an den meisten Universitäten in Deutschland Studiengebühren eingeführt. Die Folgen sind eine verstärkte soziale Auslese und wachsender Druck auf Studierende. Insbesondere für Studenten aus einkommensschwachen Schichten wird ein Studium immer schwieriger.

Die Einführung von Studiengebühren ist Bestandteil eines Prozesses, indem sich die Hochschulen zunehmend in gewinnbringende „Unterneh-

men“ verwandeln, bei denen der „Kunde“ Student zur Kasse gebeten wird. Dieser Umwandlungsprozess verläuft weltweit und dient dazu, Forschung und Lehre immer unmittelbarer in den Dienst der internationalen Konzerne zu stellen.

In Europa erfolgt diese Umwandlung auf der Grundlage der so genannten Bologna-Erklärung, die im Jahre 1999 von 29 europäischen Bildungsministern unterzeichnet wurde. Kernpunkte dieser Erklärung sind die Angleichung der Studienbedingungen, Einführung gestufter Studiengänge (Bachelor/Master) und die engere Durchdringung der Hochschulen mit der Wirtschaft.

Weltweite Produktionsverbünde erfordern die Internationalisierung und Standardisierung der Studiengänge und Abschlüsse. Gebraucht werden hoch qualifizierte Fachkräfte und Wissenschaftler, die sich länderübergreifend verständigen und auf dem neuesten Stand der Wissenschaft zu-

sammenarbeiten. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn es der Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus und der Verbesserung der Lebensbedingungen der Masse der Menschen zugute käme. Aber im Kapitalismus steht nicht der Mensch, sondern der Profit im Mittelpunkt, dem sich auch Forschung und Lehre unter zu ordnen zu haben – mit entsprechend negativen Folgen für Studierende und Hochschulbeschäftigte:

- Die Masse der Studenten wird mit dem Bachelor abgespeist, nur einem geringen Teil (ca. 1/3) ist der Weg zum Master offen. Die Zulassungskriterien zum Masterstudium sind je nach Hochschule verschieden und kommen einem zweiten Numerus clausus gleich.

- Künftig wird stärker differenziert zwischen Lehr-Unis und Forschungs-Unis, wobei sich die staatliche Förderung sowie die der Industrie v.a. auf letztere konzentriert. Die Hochschulen sollen sich einem „Ranking“ unter-

Fortsetzung auf Seite 2

INHALT

- S. 2 Frontalangriff auf kritische Wissenschaftler
- S. 3 Hochschulbeschäftigte kämpfen um ihre Rechte
- S. 4 Monsanto's Gen-Mais auf deutschen Feldern
- S. 6 Arbeiter – gibts die heute noch?
- S. 7 UNO-Planspiel: Ein Blick hinter die Kulissen der Weltbühne
- S. 8 documenta 12

ziehen und darum konkurrieren, in den Kreis der Elite-Unis aufzusteigen, für die z.B. die deutsche Regierung rund 1,9 Mrd. Euro Gelder bis 2011 zur Verfügung stellt. Die Professorenschaft wird gespalten in eine Oberklasse von besser bezahlten, zur Forschung zugelassenen „Exzellenzen“ und eine Unterklasse von weniger gut bezahlten, an der Forschung gehinderten und mit hohen Lehrdeputaten beladenen Hochschullehrern.

- Die Lehrinhalte werden den Erfordernissen der Industrie angepasst. Das bedeutet z.B., dass an verschiedenen Universitäten geisteswissenschaftliche Fakultäten schließen. Von 1995 bis 2005 haben die 16 Bundesländer in den Sprach- und Kulturwissenschaften 663 Professorenstellen eingespart (11,6 %), während bei den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften 5,6 % neu geschaffen wurden. (RN 21.8.07)

- Seit der Verabschiedung des „Hochschulfreiheitsgesetz“ im Jahre 2006 in NRW sind die Hochschulen des Landes keine staatlichen Einrichtungen mehr. Über die Lehrinhalte, die Finanzen oder das Personal entscheiden die neu eingeführten „Hochschulräte“. Die Uni Duisburg-Essen analysierte 57 Hochschulräte mit 463 Mitgliedern und kam zum Ergebnis: 41 % stammen aus einer Hochschule, 33 % aus Unternehmen oder deren Verbänden. Gewerkschafter sind nur zu einem Prozent vertreten. Der Vorsitz liegt zu 47 % in der Hand eines Wirtschaftsvertreters. (SZ 27.8.07) Damit bestimmen die internationalen Konzerne unmittelbar die Inhalte von Forschung und Lehre. Zum anderen wird die Bildung unmittelbar zur Erzielung von Profiten nutzbar gemacht. Die weltweiten Jahresumsätze im Bildungsbereich werden jährlich auf 2 Billionen Dollar geschätzt.

Diese Entwicklung stößt weltweit auf Widerstand. In vielen Ländern der Erde gibt es in den letzten Monaten heftige Kämpfe gegen die Privatisierung des Bildungsbereichs. U.a. in Frankreich, Griechenland, Österreich, Kanada, Deutschland, Chile, Mexiko, Kolumbien, Südafrika gingen Zehntausende Studenten, Schüler, Lehrer, Hochschulbeschäftigte auf die Straße. Der gemeinsame Kampf von Studenten und

Arbeitern in Frankreich im vergangenen Jahr, der ein bereits beschlossenes Gesetz zur Abschaffung des Kündigungsschutzes für Jugendliche kippte, hatte Signalwirkung auf ganz Europa. Er beflügelte auch die breite Massenbewegung in Griechenland, die erfolgreich ein Gesetz zur Abschaffung der freien öffentlichen Bildung verhinderte. Dabei nahmen sich die griechischen Studenten ausdrücklich die Montagsdemonstrationen in Deutschland zum Vorbild!

Auch in Deutschland werden die Studierenden und Hochschulbeschäftigten ihre berechtigten Interessen nur gemeinsam mit dem Kampf der Arbeiter- und Volksbewegung gegen die Politik von Monopole und Regierung durchsetzen können.

Beteiligt euch an der 4. Bundesweiten Demonstration am Samstag, den 13.10.07 in Berlin. Start 11 Uhr, Alexanderplatz. Nähere Infos unter der Nummer 0209/35 07 61 97.

FRONTALANGRIFF AUF KRITISCHE WISSENSCHAFTLER

Am 1. August wurde der engagierte Soziologe Dr. Andrej Holm von der Berliner Humboldt-Uni in Untersuchungshaft genommen. Nach heftigen, zum Teil weltweiten Protesten von Kollegen wurde er inzwischen wieder freigelassen. Der Haftbefehl besteht jedoch weiter. Ihm wird unterstellt, Mitglied der sog. „militante Gruppe“ (mg) zu sein, gegen die die Bundesanwaltschaft wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung nach §129a StGB ermittelt. Der Haftbefehl gegen den Wissenschaftler erging, weil dieser zwei „knapspirative“ Treffen mit einer Person gehabt haben soll, die bei dem Versuch, Fahrzeuge der Bundeswehr in Brand zu setzen, festgenommen wurde.



Nach der Bundesanwaltschaft ist von einer Mitgliedschaft des Betroffenen in einer terroristischen Vereinigung auszugehen, weil er sich mit Themen beschäftigt, die sich auch in Schreiben der „mg“ wieder finden; eine wissenschaftliche Abhandlung von Dr. Holm von 1998 enthalte „Schlagwörter und Phrasen“, die in Texten der „mg“ gleichfalls verwendet werden (u.a. den in der Stadtforschung gebräuchlichen Begriff der „Gentrification“, der Aufwertung innerstädtischer Wohngebiete.)

Weiter wurde „argumentiert“, dass einem promovierten Politologen „als Mitarbeiter eines Forschungszentrums Bibliotheken zur Verfügung stünden, die er unauffällig nutzen kann, um die zur Erstellung der Texte der militanten Gruppe erforderlichen Recherchen durchzuführen“. Er verfüge über die „intellektuellen und sachlichen Voraussetzungen“ für das Verfassen der vergleichsweise anspruchsvollen Texte der mg. Eine derartige „Beweisführung“ macht jede kritische wissenschaftliche Tätigkeit potentiell kriminell. Die Begründungen der Bundesanwaltschaft stellen eine direkte Bedrohung für alle dar, die kritische Wissenschaft, Publizistik und Kunst betreiben. Aber genauso für diejenigen, die sich ihrer Forschungsergebnisse bedienen, wie Bürgerinitiativen oder Montagsdemonstrationen gegen HARTZ IV.

Der Vorsitzende der MLPD, Stefan Engel, machte in einem Solidaritätsschreiben darauf aufmerksam, „mit welcher unverfrorenen Willkür kritische, fortschrittliche und kämpferische Kräfte unterdrückt und mehr und mehr mit der Rechtfertigung der Terrorismusbekämpfung zu Freiwild erklärt werden.“ Der Kampf um die Verteidigung und Erweiterung bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten muss über bestehende weltanschauliche und politische Differenzen hinweg gemeinsam geführt werden. **(Hochschulgruppe Berlin)**

**Kontaktadresse: Galileo-Redaktion, Buererstr. 39, 45899 Gelsenkirchen.
Email: redaktion@mlpd-galileo.de**

HOCHSCHULBESCHÄFTIGTE KÄMPFEN UM IHRE RECHTE

Die „Reformen“ der letzten zehn Jahre verändern nicht nur einschneidend die Art des Studierens, sondern auch die Arbeit aller Hochschulangehörigen. Seit Jahren steigt die Arbeitsbelastung an, bei gleichzeitigem massiven Abbau von Vollzeit- und Dauerstellen. Dazu kommt das Einfrieren der Löhne mit einem Reallohn- und Gehalts-Rückgang seit Mitte der 1980er Jahre. Die Zahl der Verbeamtungen geht stark zurück und es steigt die Zahl der Angestellten, meist mit Zeitverträgen.

In allen Arbeitszweigen an den Universitäten wurden seit Ende der 1980er Jahre die Vollzeitstellen kontinuierlich abgeschafft. Die Flexibilisierung der Arbeitszeiten sowie Erhöhung der Arbeitszeit war die andere Seite der Maßnahmen der Länder zur Einsparung von Geldern. Innerhalb 1995 und 2005 wurden in Deutschland 1451 Professorenstellen abgebaut. Im selben Zeitraum aber stieg die Zahl der Studierenden um 0,5% an (junge Welt vom 21.08.07).

Der Beginn der Standardisierung in der Verwaltung ist durch die Einführung von SAP-System erfolgt. Zugleich ist dies auch eine langfristige Strategie, die Facharbeitskräfte in der Verwaltung einzusparen. Der Arbeitsaufwand für das Lehr- und Forschungspersonal wurde dadurch erhöht, dass die SAP-Anwendung direkt von den Zuständigen selbst erarbeitet wird.

Ein weiterer Schritt zur Flexibilisierung ist die Einführung von neuen Datenverarbeitungsprozessen, die langfristig die Angestellten in der Verwaltung ersetzen sollen. Zum Beispiel werden die Studienberatungseinrichtung von einer Vollzeitkraft geleitet und die restlichen Aufgaben von Teilzeitmitarbeitern, die zum größten Teil Frauen sind, geleistet. Die neuere Entwicklung geht mit einer Tendenz zur Industrialisierung des Hochschulbereichs und einer Annäherung der Arbeitsbedingungen an die der Industrie einher: Die Zahl der Stammbeschäftigten nimmt stetig ab und die

der Teilzeitbeschäftigten zu. Dazu kommen zunehmend Auslagerungen von Hochschulbereichen, wie die Reinigung, technische Dienste usw.

Anfang März wurden die Pläne der Landesregierung bekannt, dass die Arbeitszeit der Landesbeschäftigten bis zu 42 Stunden erhöht werden soll. Und das Land Baden-Württemberg wollte den Ausstieg aus dem Tarifvertrag der Länder vornehmen. Dagegen wurde Mitte März 2006 an der Universität Stuttgart, beim Statistischen Landesamt und des Staatstheaters gestreikt. An der Universität Stuttgart wurde insgesamt 20 Tage erfolgreich gestreikt. Das Statistische Landesamt streikte über 2,5 Wochen am Stück, die Beschäftigten des Staatstheaters über 20 Tage.

Der Erfolg für die Beschäftigten war beträchtlich: Statt 41 Stunden in der Woche sollte nur noch 39,5 (38,5 bei Schichtbetrieb) gearbeitet werden, statt der Streichung des Urlaubsgeldes und der Absenkung des Weihnachtsgeldes auf unter 60 % bleibt es erhalten, statt jahrelanger Nullrunden wurde für das Jahr 2006 und nächstes Jahr eine Einmalzahlung von 610 € oder 910 € (ab E 13 weniger) und ab 1. Januar 2008 eine Gehaltserhöhung von 2,9 % vereinbart.

ALS STUDENT, DOZENT ODER ANGESTELLTE IN DIE GEWERKSCHAFT?

Der Teilerfolg in Stuttgart musste hart erkämpft werden. Kolleg/innen haben dafür z. T. wochenlang gestreikt und häufig Gehaltsminderungen in Kauf genommen. Die verbesserten Arbeitsbedingungen und die Arbeitszeitverkürzung nutzen sowohl Beschäftigten als auch Studierenden, z. B. in der verbesserten Betreuung. Im gemeinsamen Kampf können auch Studenten, Wissenschaftler, Dozenten und Angestellte besser zusammenwachsen. Dazu ist es notwendig, dass Gewerkschaften als Kampforganisation für die ökonomischen und sozialen Rechte aller Hochschulbeschäftigten – von der Reinigungsfrau bis zum Dozenten – gestärkt werden. Unabhängig davon, ob sie tatsächlich gerade beschäftigt sind oder nicht, treten wir dafür ein, dass auch Studenten sich in der Gewerkschaft organisieren. Die Unterstützung der Kämpfe der Hochschulbeschäftigten wird auch zur Verbesserung der Ausbildung beitragen und umgekehrt kann nur eine breite Bewegung aus Gewerkschaften, Studierenden und anderen Bewegungen das dringend notwendige kostenlose Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Hochschule durchsetzen.

(Hochschulgruppe Göttingen)



Streik der Uni-Beschäftigten in Stuttgart im April 2005



Ein Großteil des Sojas ist mittlerweile gentechnisch verändert. In den USA wächst dieser auf 81 Prozent der Anbaufläche (2003)

Im Jahr 1994 erließ die EU auf Druck der Verbraucher einen Zulassungsstopp für gentechnisch veränderte Pflanzen. Die Natur selbst ist ein dialektisch funktionierendes System, deren Pflanzen- und Tierwelt über den Stoffwechsel mit vielseitigen Wechselwirkungen miteinander verbunden sind. Weil die Freisetzung von gentechnisch manipulierten Pflanzen ungeahnte Folgen für das Ökosystem haben kann, müssen solche Eingriffe, wo diese Wechselbeziehungen missachtet und mit unvorhersehbaren Gefahren verbunden sind, abgelehnt werden.

Firmen der Futtermittelindustrie und der internationale Agrarhandel drängen unter Missachtung der Naturgesetze darauf, genmanipulierte Pflanzen in die Landwirtschaft und Nahrungskette einzuführen, weil damit viel Geld verdient werden kann.

Um die Verbraucher zu täuschen, wollen sie Hemmnisse wie die Kennzeichnungspflicht für diese als „grüne Gentechnik“ bezeichneten gentechnisch veränderten Lebensmittel

vollständig abschaffen. Sie konnten inzwischen gegen den Widerstand von Verbraucherschutzorganisationen und Umweltverbänden durchsetzen, dass der bis 2004 gültige Zulassungsstopp für genmanipulierte Lebensmittel in der EU wieder aufgehoben wurde.

GEFAHREN STRÄFLICH MISSACHTET

Die EU-Gesetzgebung würde die Sicherheit der Verbraucher garantieren, hieß es in der öffentlichen Begründung aus Brüssel dazu. Seitdem wurden verschiedene gentechnisch veränderte Pflanzen auf den Markt gebracht – und dies selbst dann, wenn ausnahmsweise sogar die Mehrheit der EU-Staaten dagegen war, wie das 2005 im Fall des Gen-Rapses GT73 der Fall gewesen ist.

Das Beispiel des jüngst von der EU zugelassenen genetisch veränderten Mais MON863 der Firma Monsanto wirft ein Schlaglicht darauf, wie unsicher diese Angelegenheit ist. Sie zeigt auch, wie hierzu im Haus Monsan-

to Wissenschaft und Forschung im Interesse des Maximalprofits verfälscht werden und künftige Gefahren sträflich missachtet werden.

Die börsennotierte US-Firma Monsanto hatte im Jahr 2002 die Genehmigung für den Mais MON863 für die EU-Länder bei der Europäischen Kommission beantragt. Diesem Mais war ein Gen des Bodenbakteriums „Bacillus Thurengiensis“ eingesetzt worden, damit der Genmais ein Gift gegen den Maiswurzelbohrer produzieren und dadurch resistent gegen diesen sein sollte. Der Maiswurzelbohrer ist etwa einen halben Zentimeter groß, gelb-schwarz gezeichnet und mit dem Kartoffelkäfer verwandt. Er wurde 1992 aus Amerika nach Europa eingeschleppt und hat hierzulande keine natürlichen Feinde. Die Käfer fressen bevorzugt an den Seidenfäden des Maiskolbens und schädigen die Frucht. Seine Larven zernagen die Wurzeln der Maispflanze und richten große Schäden an.

Durch den Einsatz eines Gens, welches Gift gegen diesen Käfer produziert, soll den Larven und Käfern der Garaus gemacht werden. Außerdem war dem Genmais noch ein weiteres Gen eingesetzt worden.

MONSANTO FÄLSCHT DIE WISSENSCHAFT ...

Um diesen Mais auch in der EU verkaufen zu können, legte Monsanto bei



Warnhinweis mexikanischer Bauern.

der Europäischen Food Safety Authority (EFSA) eine mit Ratten durchgeführte wissenschaftliche Studie vor, in der dem Gen-Mais Harmlosigkeit und Unbedenklichkeit bescheinigt und die Zulassung innerhalb der EU gefordert wurde. Nun sind die Gefahren gentechnischer Veränderungen in einem über Millionen Jahre gewachsenem Ökosystem in einer 90 Tage währenden Prüfung an Ratten kaum abzuschätzen. Derartige Eingriffe in die Erbanlagen von Pflanzen und Tieren können dazu führen, dass das über Millionen Jahre sich entwickelte ökologische Gleichgewicht gestört oder Teile gänzlich zerstört werden.

... UND HAT DIE EU-KOMMISSION IM GRIFF

Und wie einfach hat Monsanto die Zulassung von der EU-Kommission erteilt bekommen, obwohl die Studie zur Prüfung der Unbedenklichkeit im eigenen Monsanto-Labor erstellt und Wissenschaftlern die Einsicht in den Originalbericht vorenthalten wurde! Dass die EU nach eigenem Recht zur Publikation verpflichtet ist, störte dabei nicht und wirft ein Licht darauf, welche starke Rolle diese großen Saatgutmonopole in der EU-Kommission haben. Die zehn größten Saatguthersteller der Erde, darunter Monsanto, produzieren 50 Prozent der Weltproduktion.

Durch einen von Umweltverbänden herbeigeführten Gerichtsbeschluss wurde im Jahr 2005 der Originalbericht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Eine erste Überprüfung der von Monsanto an den Ratten erhobenen Daten zeigte gravierende Fehler und Manipulationen in der statistischen Verarbeitung der Ergebnisse. Entsprechende Warnhinweise von Wissenschaftlern waren von der EU-Kommission sofort „als biologisch nicht relevant“ verworfen worden.

Nun hat Anfang des Jahres 2007 eine französische Forschergruppe eine erneute gründliche Prüfung der Monsanto-Daten abgeschlossen und unlängst in mehreren Fachzeitschriften veröffentlicht. Die Ergebnisse liefern ernste Hinweise auf mögliche ge-

IST DIE ERDE NOCH ZU RETTEN?

Spätestens der Sturm „Kyrill“ im Januar 2007 hat viele Menschen aufgerüttelt. Die weltweite Erderwärmung bedeutet bereits einen begonnenen Umschlag in eine globale Umweltkatastrophe, die die Lebensgrundlagen der Menschheit infrage stellt. Die Situation ist ernst. Aber weder Weltuntergangsstimmung noch eine Verharmlosung als „Klimawandel“ sind gerechtfertigt.

Die Autoren dieses Buches belegen anschaulich und kompetent: Der Mensch ist nicht Störenfried, sondern Bereicherung der Natur, wie seine Jahrtausende währende Geschichte zeigt. Der Mensch ist ein soziales Wesen und somit in der Lage, die Ursache der drohenden Katastrophe zu erkennen: die Profitgier der internationalen Konzerne. Und er ist auch in der Lage, die Katastrophe durch aktiven Widerstand zu verhindern und die künftige Gesellschaftsordnung so zu organisieren, dass eine höhere Stufe der Einheit von Mensch und Natur wieder möglich ist.

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

1. Klimawandel oder Umweltkatastrophe?
2. Für eine Wende zur Kreislaufwirtschaft
3. Plädoyer für die Stärkung der neuen Umweltbewegung

103 Seiten

Preis: 6,50 €

Zu bestellen bei:

www.people-to-people.de



sundheitliche Schäden durch den Verzehr von MON863, so dass der Mais bis auf weiteres sofort vom Markt genommen werden müsste. Die bei den mit MON863 gefütterten Tieren zeigten deutliche Unterschiede im Blutzuckerspiegel, den Blutfettwerten sowie im Phosphor- und Natrium-Gehalt des Urins. Das weist auf eine Störung der Funktion von Leber und Nieren hin.

In der Zusammenfassung ihrer Untersuchung kamen die französischen Wissenschaftler zu dem Urteil: „Der genmanipulierte Mais MON863 kann nicht als sicheres Produkt angesehen werden.“ Trotzdem wird er in den USA und Kanada angebaut und darf dort, in der EU sowie in Australien, China, Japan, Mexiko und auf den Philippinen als Futter- und Lebensmittel verwendet werden.

Verbraucherminister Seehofer hat allen Bedenken zum Trotz eine Lösung gefunden: Mit seiner Reform des Gen-

technikgesetzes ist laut Seehofer ein ungestörtes „Nebeneinander von herkömmlichen und gentechnisch veränderten Pflanzen gewährleistet“, sagte er dazu in Berlin.

Für das von ihm verordnete ungestörte friedliche Nebeneinander müssen einfach gesetzlich verordnete Mindestabstände von Feldern mit gentechnisch verändertem Mais zu Feldern mit konventionellem und zu Ökofeldern eingehalten werden – das sind 150 Meter im Normalfall und 300 Meter zu Feldern mit biologischem Anbau. Durch diese Verfügung Seehofers soll es keine Vermischung der Gene mehr geben.

Und natürlich werden nicht nur die Bauern, sondern auch die Insekten, Vögel und der Wind dieses Gesetz befolgen und die Grenzen bei der Bestäubung einhalten. Welcher Star kann schon 2.500 Euro Strafe aufbringen? **(Gastbeitrag von Christoph Klug)**



ARBEITER – GIBTS DIE HEUTE NOCH?

Wer kann sich nicht an die Streiks der Lokführer vor wenigen Wochen erinnern. Fast 96% der an der Urabstimmung beteiligten Eisenbahner stimmten damals für Streik, weil sie nicht noch weitere Jahre für den geplanten Börsengang der Bahn den Kopf hinhalten wollten.

Mit dem ausgesprochenen Streikverbot bis Ende September entsprach das Arbeitsgericht in Nürnberg aber genau der Forderung der Bahn AG und der Unternehmerverbände. Diese beklagten in der bürgerlichen Presse den Arbeitskampf als "unverhältnismäßig", die Lokführer nähmen die Fahrgäste als "Geiseln" usw. Offensichtlich sollte so unterdrückt werden, dass die Arbeiter selbstbewusst den Kampf für ihre Interessen wahrnehmen. Denn die großen Monopole (Autoindustrie, Chemie- und Stahlindustrie usw.) mit ihrer weltweiten Verbundproduktion würden durch Streiks bei der Eisenbahn empfindlich getroffen.

Während der Vorstand nach außen hin relative Gelassenheit demonstrierte, tagten hinter den Kulissen die Krisenleitstände, um mit der Forderung, die "Grundversorgung der Bundesrepublik Deutschland" nicht zu gefährden, und dem Einsatz von beamteten Lokführern den Schaden für die Industrie so gering wie möglich zu halten. Hier zeigte sich doch deutlich, wie labil und verletzlich die scheinbar so mächtigen

Monopole sind und welches Kraftpotential in der Arbeiterklasse steckt, wenn sie kämpft.

Diese Arbeiter und Angestellten sind Träger eines internationalen Produktionsverbands geworden, der über alle Ländergrenzen hinweggeht. Lediglich die Zahl der unmittelbar produzierenden Arbeiter nimmt relativ ab, während die Zahl der Arbeiter ansteigt, die mit Kontrolle, Wartung und sonstigen Aufgaben zur Aufrechterhal-

tung der Produktion beschäftigt sind. Die Mehrheit aller Berufsgruppen des »Dienstleistungsbereichs« gehört heute zur Arbeiterklasse im engeren oder weiteren Sinn. Die technischen Neuerungen im Bereich von Transport, Kommunikation und EDV haben diesen Prozess enorm beschleunigt. Im Zug dieser Entwicklung stieg das Qualifikationsniveau der Arbeiterklasse deutlich an. Bereits 60 Prozent der Auszubildenden in Industrie und Handel in Deutschland haben Realschulabschluss oder Abitur. Wir erleben heute eine Entwicklung der fortschreitenden Industrialisierung der gesamten Gesellschaft. Im »Programm der MLPD« heißt es dazu:

»Mit der Arbeiterklasse als Trägerin der fortgeschrittensten Produktionsweise hat der Kapitalismus die gesellschaftsverändernde Kraft zu seiner Überwindung hervorgebracht. Die fortschreitende Umwälzung der ökonomischen Struktur des Kapitalismus verwandelt einen wachsenden Teil der Arbeiter vom spezialisierten Handlanger der Maschinen zu einem vielseitig ausgebildeten Überwacher und Dirigenten des komplizierten Produktionsprozesses. Dieser funktioniert längst nicht mehr ohne die Ausbeutung der Schöpferkraft und Initiative der Arbeiterklasse.« (S. 15)

(Hochschulgruppe Duisburg)

ORGANISIERT EUCH IN MLPD UND REBELL

«Welch ein Widersinn! Wie viele Probleme könnten gelöst werden, wenn die Arbeiterklasse über die Kommunikations- und Produktionsmittel verfügen würde, um die weltweite Planung, Produktion, Verwaltung, Forschung und Entwicklung und nicht zuletzt die internationalen Diskussions- und Entscheidungsprozesse zu vernetzen? Aber dazu muss die Herrschaft der internationalen Monopole gestürzt und der Sozialismus aufgebaut werden. Nicht nur in Deutschland: Den vereinigten sozialistischen Staaten der Welt gehört die Zukunft.» (Aus dem "15 Punkte Programm der MLPD für eine politische Alternative zur CDU/CSU/SPD-Regierung)

Die MLPD steht dafür, die gesellschaftlichen Verhältnisse grundsätzlich zu ändern, damit die gesamten fortschrittlichen Errungenschaften der Menschheit den Völkern weltweit zugute kommen. Die MLPD ist eine Partei neuen Typs und hat umfassende Schlussfolgerungen aus den Erfolgen, aber auch Fehlern der alten kommunistischen Bewegung gezogen. Sie arbeitet aufs engste mit ihrem Jugendverband REBELL und ihrer Kinderorganisation, den ROTFÜCHSEN zusammen, deren Motto heißt: "Rebellion ist gerechtfertigt - dem Volke dienen!" Jeder Student und jeder Hochschulbeschäftigte kann entsprechend seinen Fähigkeiten und Interessen in einer Hochschulgruppe der MLPD mitarbeiten. Jüngere Studenten können sich in den Studentengruppen des Rebell organisieren. Nähere Infos unter www.mlpd.de bzw. www.rebell.info

(Hochschulgruppe Bochum)

UNO-PLANSPIEL:

EIN BLICK HINTER DIE KULISSEN DER WELTBÜHNE



Wieder einmal stellen sich die reichen Vetomächte quer. Erst nach einem langwierigen Prozess aus Zugeständnissen, Hofieren und Umschmeicheln durch die kleinen Staaten geben sie grünes Licht für die Resolution, die Entwicklungsländern schnellere Hilfe im Fall von Naturkatastrophen gewähren soll. Aus diesem Kompromiss gehen wie so häufig jene Länder als Verlierer hervor, die immer noch an der jahrhundertelangen Ausbeutung durch die reichen Industriestaaten leiden. Die ungleichen Mächteverhältnisse zwischen Nord und Süd, reich und arm, werden wieder einmal sichtbar.

Was sich hier wie eine Szene aus der UNO-Generalversammlung anhört, ist in Wirklichkeit Teil der größten internationalen Simulation der Vereinten Nationen: der National Model United Nations (NMUN) Konferenz, die jährlich eine ganze Woche lang in New York stattfindet. Bei diesem Planspiel schlüpfen mehr als 4000 Studenten aus aller Welt in die Rolle von Diplomaten der 192 UNO-Mitgliedsländer. Hier werden neben den sechs Hauptorganen, darunter Generalversammlung und Sicherheitsrat, auch Sitzungen in vielen der Nebenorgane (z.B. das Kinderhilfswerk UNICEF) und Sonderorganisationen wie der UNESCO „nachgestellt“. Dabei wird auf die strikte

Einhaltung der formalen Prozeduren geachtet, die innerhalb der UNO üblich sind. Auf der Tagesordnung stehen Debatten über aktuelle Themen der Weltpolitik, auch das zähe Ringen mit Verhandlungspartnern gehört dazu. Die Teilnehmer müssen ebenso Befürworter für ihre Positionen finden, damit sie eine mehrheitsfähige Resolution schreiben und verabschieden können.

Solche studentischen Planspiele haben eine lange Tradition: Bereits in den 1920er Jahren wurde der Völkerbund an US-amerikanischen Universitäten simuliert. Nachdem diese erste internationale Organisation aufgelöst und die UNO nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurde, etablierten sich die NMUN-Konferenzen zunächst in den USA, dann aber auch in Europa. Die NMUN in New York wird seit 1968 von der National Collegiate Conference Association (NCCA), einer von der UNO anerkannten Non-Profit Organisation, veranstaltet.

Was ist der Sinn solcher Planspiele? Als Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Vereinten Nationen sollen sie zu einem positiven Bild der UNO als Forum scheinbar gleichberechtigter Staaten beitragen. Das wird dadurch begünstigt, dass solche Konferenzen meist in exklusiven Hotels (z.B. Marriott, Hilton, Sheraton) stattfinden, was für die stu-

dentischen Diplomaten natürlich ein Highlight darstellt und Eindruck schindet. Der Aufenthalt wird durch die Veranstalter bezuschusst und so für die teilnehmenden Studenten bezahlbar. Allerdings muss dazu gesagt werden, dass die meisten Teilnehmer aus den USA und Europa kommen, nur ein kleiner Teil der „Delegierten“ stammt aus weniger privilegierten Regionen wie z.B. Südamerika und Afrika.

Mit dem Veranstaltungsort USA eng verbunden ist der Wettbewerbsgedanke, der über allem schwebt. Amerikanische Studenten nehmen fast ausschließlich im Rahmen von Hochschulveranstaltungen an solchen Simulationen teil, d.h. sie werden sowohl für ihre Vorbereitung als auch für ihren Auftritt dort benotet. Hinzu kommt, dass sich amerikanische Universitäten eine regelrechte Schlacht um die vergebenen Preise und Auszeichnungen für die beste Delegation liefern. Das Ergattern von Preisen wiederum ist eine notwendige Bedingung für genügend Sponsorengelder. Somit begünstigen solche Planspiele die gezielte Heranziehung zukünftiger westlicher Eliten, die sich die Reise und Unterkunft leisten bzw. genügend Sponsorengelder einwerben können.

(Korrespondenz einer Studentin aus Stuttgart)



DOCUMENTA 12 ODER „WOHIN GEHT DIE KUNST WELTWEIT?“

Bis zum 23.9. 07 fand in Kassel die größte internationale Kunstausstellung „documenta 12“ - statt. Solche Ausstellungen gibt es schon länger, in der „documenta“ haben sich aber wichtige Wandlungen vollzogen.

Früher haben einzelne Ausstellungsmacher nach ihren vor allem ästhetischen Vorstellungen Kunstwerke zusammengestellt. Es überwog die Vorstellung der „reinen Kunst“, wobei es immer auch gesellschaftskritische Beiträge gab. Bei dieser so genannten „reinen Kunst“, von der es auch noch jede Menge auf der „documenta 12“ gibt, handelt es sich um elitäre, individualistische und unverständliche Kunst als Ausdruck des bürgerlichen Kunstbetriebs, der die Massen ignoriert und gering schätzt.

Seit der „documenta 11“ ist aber die Beschäftigung mit der politischen Entwicklung weltweit bewusst Teil des Konzepts. Die Produktion durch die internationalen Übermonopole, ihre barbarische Politik der imperialistischen Kriege, Umweltzerstörung und Unterdrückung der Völker geraten ins Blickfeld.

Die Blickrichtung von Künstlern aus Afrika, Asien, Lateinamerika wird gleichwertig mit der von Künstlern aus Europa dargestellt. Damit kommt auch viel Protest und Widerstandswillen in künstlerischer Form auf die „do-

documenta“. Darin zeigt sich die Internationalisierung der Produktion auch in der Kunst.

Der Ausstellungsmacher Roger Buergel will sich ausdrücklich dem im Kunstmarkt Gefragten entziehen. (...) Die Hauptseite ist diesmal bei der „documenta“ die gesellschaftskritische Seite.

Der zentrale Platz Kassels wurde von der kroatischen Künstlerin Sanja Ivekovic (Zagreb) in ein Mohnfeld verwandelt (s. Bild) – Stichwort „Roter Platz“ – dazu erklingen Partisanenlieder aus dem früheren Jugoslawien und Kampflieder von Frauen in Afghanistan.

In einer Installation wie ein großer bepflanzter Tisch mit dem Titel „Siegesgärten“ von Ines Doujak aus Wien, sollen die Machenschaften der internationalen Konzerne verdeutlicht werden, beim Aufkauf der natürlichen Ressourcen und des Wissens der Völker in Bezug auf Saatgut oder Medikamente.

Mehrfach ist der palästinensische Widerstand Thema oder die Ausweisungspolitik gegenüber Verfolgten weltweit. Eine Arbeit stellt die technischen Bestandteile eines in indischer Lizenz gefertigten Daimler/Chrysler LKW mit Naturstoffen aus Malaysia dar, wo er liegengelassen ist.

Die internationale Arbeiter- und Volksbewegung muss diese Kunst auf-

nehmen und sich mit den fortschrittlichen kleinbürgerlichen Künstlern zusammenschließen. Gleichzeitig hat diese Art Kunstproduktion Grenzen: Sie prangert nur an, sie stellt meist Einzelpersönlichkeiten drastisch heraus, sie bleibt bei der Empörung stehen und sie ist teils auch schwer verständlich. Sie zeigt kaum Lösungen. Kurz: sie bleibt in ihrem Charakter kleinbürgerliche Kunst.

Wie gegen den Imperialismus weltweit praktisch gekämpft werden muss, das muss und wird Sache der internationalen revolutionären Arbeiter- und Volksbewegung sein. Dafür braucht sie eine neuartige Kunst, die aus diesen Kämpfen erwächst und sich zu ihrem Anwalt macht – eine parteiliche, angreifende, populäre Kunst, die aus allen fortschrittlichen Traditionen der Völker weltweit schöpft.

Bei der Kulturveranstaltung des Automobilarbeiterratschlags wurde dies im Ansatz sichtbar. Diese Kunst ist offen parteilich. Sie ist untergeordnet, aber unverzichtbar. Lasst uns bewusst an dieser neuen Kunst arbeiten, neue schöpferische Ideen erkennen, aufgreifen und fördern und den Austausch bewusst anpacken. (jgä)

(Der Artikel ist aus der Roten Fahne Nr. 36, dem Zentralorgan der MLPD entnommen)